

**Landkreis Emsland, mit Schreiben vom 05.09.2019**

Zum Entwurf der o. g. Bauleitplanung nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:

**Naturschutz und Forsten**

Die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 125 beinhaltet die Neuausrichtung, Umstrukturierung und Optimierung eines bestehenden Campingplatzes und Ferienhausgebietes auf dem Gebiet der Stadt Papenburg. Eine Erweiterung des Gebietes über die bestehenden Grenzen hinaus ist nicht vorgesehen.

**Naturschutzfachliche Belange:**

Im Sinne des Vermeidungs- und Minimierungsgrundsatzes nach § 13 BNatSchG gilt es vorrangig, Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild zu vermeiden. **Die Vermeidung und Minimierung von Eingriffen in den Naturhaushalt und Landschaftsbild ist für den Vorhabenträger verpflichtend.** Die Bauleitplanung ist daher grundsätzlich an die örtlichen Gegebenheiten anzupassen, um zum einen vorhandene Gebiete, Bereiche oder Biotope, die einem gesetzl. Schutz nach dem BNatSchG unterliegen und zum anderen vorhandene Grünstrukturen wie Waldflächen, Baumreihen oder Baumgruppen, Gehölzinseln, Feldhecken, Staudenfluren, Ruderalflächen und Gewässer zu sichern, zu schützen und dauerhaft zu erhalten. In diesem Fall ist ein besonderes Augenmerk auf die zahlreichen Altbaumbestände, die das gesamte Plangebiet durchziehen und aufgrund ihres Alters, ihrer Beschaffenheit und ihrer naturnahen Struktur eine natur- und artenschutzrechtlich außerordent-

Die bestehenden Altbaumbestände sollen weitestgehend erhalten werden. Im westlichen Plangebiet sind durch Stürme in den letzten Jahren große Schäden am Gehölzbestand entstanden. Im rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 125 „Camping- und Ferienhausgebiet Prangenweg“, 1. Änderung, ist die Fläche als Umgrenzung von Flächen zum Erhalt von Bäumen und Sträuchern festgesetzt. Aufgrund des dringenden Erweiterungsbedarfs des Campingplatzes und aufgrund der Situation, dass alternative angrenzende Flächen dafür nicht zur Verfügung stehen, soll auf eine Wiederanpflanzung verzichtet werden. Der Gehölzbestand wird gemäß dem niedersächsischen Waldgesetz und den Vorgaben der unteren Waldbehörde im Verhältnis 1:16 ersetzt.

Stellungnahmen der Frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:

Bewertungsvorschlag:

liche Bedeutung besitzen, zu richten. Gleiches gilt für das naturnahe Stillgewässer, das unmittelbar an die nördliche Plangebietsgrenze grenzt und z. T. in das Plangebiet hineinragt.

Für die o.g. Bauleitplanung ist eine Umweltplanung durchzuführen. Die entsprechenden Daten, Erhebungen und Kartierungen sind beizubringen. Als Anforderung an die Umweltplanung ist die Abarbeitung der einzelnen Schutzgüter und eine Bestandsaufnahme der im Plangebiet vorkommenden und unmittelbar an das Plangebiet angrenzenden Biotoptypen (Schutzgut Arten- und Lebensgemeinschaften) zu betrachten.

Wie aus dem Erläuterungsbericht hervorgeht, wird im Zuge des Vorhabens eine „**Fläche zum Erhalt von Bäumen und Sträuchern**“ und eine „**Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft**“ überplant. Die Überplanung der im rechtskräftigen Bebauungsplan festgesetzten Flächen ist zu berücksichtigen. Die Flächen sind entsprechend in die Eingriffsbilanzierung einzustellen und zu bewerten.

Aus einer zu erarbeitenden Eingriffsbilanzierung, die sich aus der Eingriffsregelung nach dem BNatSchG ergibt, sind die Art, die Lage und der Umfang der Kompensationsmaßnahmen abzuleiten und sowohl konkret als auch detailliert (Plan und Text) darzustellen. Die Kompensationsmaßnahmen haben sich dabei an der Beeinträchtigung und Zerstörung der vorhandenen Biotoptypen zu orientieren. Im Zuge der Kompensationsmaßnahmen (Vermeidungs-, Minimierungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen) sind am Stillgewässer Ruhezonen und Rückzugsgebiete für aquatisch, semiaquatisch und terrestrisch gebundene Tierarten auszuweisen. Die Ruhezonen und Rückzugsgebiet sind von einer Freizeitnutzung (Boot fahren, Stand-

Die naturnahen Uferbereiche des Stillgewässers werden durch das Plangebiet nicht in Anspruch genommen. Die von der Planung betroffene Uferzone stellt sich bereits heute als Scherrasenfläche bzw. Sandstrand dar.

Für die vorliegende Planung wird ein Umweltbericht mit den entsprechenden Inhalten erstellt.

Der Eingriff in die festgesetzte Fläche zum Erhalten von Bäumen und Sträuchern und in die festgesetzte Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft wird über das Ökokonto der Stadt ausgeglichen.

Im Zuge der weiteren Planung wird eine Eingriffsbilanzierung erarbeitet. Das sich daraus ergebende Defizit wird, wie bereits beschrieben, über das Ökokonto ausgeglichen.

Im Zuge der Bauleitplanung wurde eine artenschutzrechtliche Untersuchung erstellt. Ergebnis der Untersuchung ist, dass es sich bei der Planung um einen geringen Eingriff in das bestehende Ökosystem der ansässigen europäischen Vogel-, Fledermaus- und Amphibienarten handelt, wenn folgende Maßnahmen eingehalten werden:

Einhaltung der Fristen gemäß §39 Abs. 5 BNatSchG (Stand

Stellungnahmen der Frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:

Bewertungsvorschlag:

up-Paddling, baden, angeln, etc.) freizuhalten. Eine entsprechende Kennzeichnung ist vorzunehmen.

01.März 2010) für notwendige Fällungs- und Rodungsarbeiten (Verbot vom 1. März bis 30. September), die Entfernung von Vegetation auf dem durch die Maßnahmen beanspruchten Gelände vor Beginn der Brutzeit (Februar bis Anfang August) und Uferarbeiten nicht in der Zeit von Februar bis Juni (Ablaichen des Grasfroschs und der Erdkröte). Da die naturnahen Bereiche des Gewässers nicht von der Planung betroffen sind, soll von weiteren Maßnahmen in Gewässernähe abgesehen werden.

Forstfachliche Belange:

Der Teilbereich zwischen dem Gewässer (See) und dem geplanten Dauercamper-Areal ist als Wald im Sinne des NWaldLG anzusprechen. Die Waldfläche geht über die nördliche und östliche Plangebietsgrenze hinaus. Sind Waldflächen z. B. in Form einer Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart von der Bauleitplanung betroffen, gilt es, die Vorgaben des NWaldLG zu beachten. Auch eine Waldfläche, die zeit- oder bereichsweise nicht mit Waldbäumen bestockt ist, bleibt Wald im Sinne des NWaldLG. Eine Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart wäre gem. dem NWaldLG durch eine Ersatzaufforstung auszugleichen. In diesem Fall wäre eine Ersatzaufforstung in einem Verhältnis von mind. 1:1,6 zu erbringen. Ein gesondertes Genehmigungsverfahren wäre nicht erforderlich, Die Genehmigung einer möglichen Waldumwandlung würde im Rahmen der Bauleitplanung erteilt werden.

Die Flächen, die von einer Waldumwandlung betroffen sind, werden im Verhältnis 1:1,6 im Bereich des Papenburger Forst ersetzt.

Artenschutzrechtliche Belange:

Aufgrund der zahlreichen Altbaumbestände und des unmittelbar angrenzenden Gewässers ist die Durchführung einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) erforderlich. Die saP wurde bereits in Auftrag gegeben und befindet sich z. Zt. in Bearbeitung. Unter-

Ergebnis der erstellten artenschutzrechtlichen Prüfung ist, dass aus artenschutzrechtlicher Sicht das Vorhaben unter Beachtung der in den jeweiligen Artengilden beschriebenen Vermeidungsmaßnahmen (Fällungs- und Rodungsarbeiten nicht in der

Stellungnahmen der Frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:

Bewertungsvorschlag:

sucht werden insbesondere die Tiergruppen der Fledermäuse und Brutvögel. Unmittelbar nördlich des Plangebietes erstreckt sich zudem ein größeres Stillgewässer, das mit einer kleinen (Bade-) Bucht auch in das Plangebiet hineinragt. Daher sind auch Aussagen zu der Tiergruppe der Amphibien zu treffen. Eine entsprechende Abstimmung erfolgte bei einer Ortsbegehung mit der Stadt Papenburg.

**Wasserwirtschaft**

Gegen die o.g. Bauleitplanung der Stadt Papenburg bestehen aus wasserwirtschaftlicher Sicht grundsätzlich keine Bedenken, wenn folgende Auflagen und Bedingungen berücksichtigt werden:

1. Die Einflüsse auf den Wasserhaushalt (Grundwasserneubildungsrate, Vergrößerung und Beschleunigung des Wasserabflusses, Auswirkung auf die Wasserqualität, etc.) sind auf Grundlage wasserwirtschaftlicher Voruntersuchungen in der Umweltprüfung zu bewerten.
2. Im Zuge der Bauleitplanung ist ein schlüssiges Konzept zur Beseitigung des Oberflächenwassers aufzuzeigen. Die erforderlichen wasserrechtlichen Erlaubnisse und Genehmigungen oder die Änderung bestehender, sind bei der Unteren Wasserbehörde, parallel zum Bauleitverfahren, entsprechend zu beantragen. Es ist darauf hinzuweisen, dass Erfordernisse der Wasserwirtschaft Einfluss auf die Gestaltung des Plangebiets und die Flächenverfügbarkeit haben können. Deshalb ist es notwendig, wasserrechtliche Verfahren bis zur Entscheidungsreife voranzu-

Zeit vom 01.03.-30.09., Entfernung von Vegetation auf dem Gelände nicht in der Zeit von Februar bis August und Uferarbeiten nicht in der Zeit von Februar bis Juni) für Vögel, Fledermäuse und Amphibien nicht als bedenklich einzustufen ist.

Es kann zudem davon ausgegangen werden, dass für die im UG angetroffenen europäischen Vogelarten wegen ihrer Anpassungsfähigkeit besondere bei den meist landesweit günstigen Erhaltungszuständen der sog. „Allerweltsarten“ bei Eingriffen nicht mit populationsrelevanten Beeinträchtigungen zu rechnen ist und somit nicht gegen die Verbote des § 44 Abs. 1 Nr. 2 und 3 BNatSchG verstoßen wird.

Die Einflüsse auf das Schutzgut Wasser werden im Rahmen des Umweltberichts behandelt.

Im Zuge der weiteren Bauleitplanung wird ein schlüssiges Konzept zur Beseitigung des Oberflächenwassers aufgezeigt, das mit den Festsetzungen des Bebauungsplanes vereinbar ist.

bringen, bevor die Bauleitplanung verabschiedet werden kann.

Hinweis:

1. Die Belange der Ver- und Entsorgung können auf Grundlage der eingereichten Unterlagen nicht beurteilt werden.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

**Abfallwirtschaft**

Die textlichen Festsetzungen sowie die Begründung sind wie folgt zu ergänzen:

*„Die Entsorgung der im Plangebiet anfallenden Abfälle erfolgt entsprechend den abfallrechtlichen Bestimmungen sowie den jeweils gültigen Satzungen zur Abfallentsorgung des Landkreises Emsland. Träger der öffentlichen Abfallentsorgung ist der Landkreis Emsland.“*

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und in die Planunterlagen aufgenommen.

Zu den Planungsunterlagen wird folgender Hinweis gegeben:

Die Zufahrt zu Abfallbehälterstandplätzen ist nach den geltenden Arbeitsschutzvorschriften so anzulegen, dass ein Rückwärtsfahren von Abfallsammelfahrzeugen nicht erforderlich ist.

Ein Rückwärtsfahren von Abfallsammelfahrzeugen ist nicht erforderlich, der Campingplatz verfügt über eine Ringerschließung.

Die Befahrbarkeit des Plangebietes mit 3-achsigen Abfallsammelfahrzeugen ist durch ausreichend bemessene Straßen und geeignete Wendeanlagen gemäß den Anforderungen der Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen (RASt in der aktuellen Fassung Ausgabe 2006) zu gewährleisten. An Abfuhrtagen muss die zum Wenden benötigte Fläche der Wendeanlage von ruhendem Verkehr freigehalten werden. Das geplante Rückwärtsfahren und das Befahren von Stichstraßen ohne Wendemöglichkeit, ist für Entsorgungsfahrzeuge

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Breite der Straßen im Plangebiet richtet sich nach der niedersächsischen Verordnung über Campingplätze, Wochenendplätze und Wochenendhäuser.

**Stellungnahmen der Frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:**

**Bewertungsvorschlag:**

bei der Sammelfahrt nicht zulässig.

Am Ende von Stichstraßen (Sackgassen) sollen in der Regel geeignete Wendeanlagen eingerichtet werden. Sofern in Einzelfällen nicht ausreichend dimensionierte Wendeanlagen angelegt werden können, müssen die Anlieger der entsprechenden Stichstraßen ihre Abfallbehälter an der nächstliegenden öffentlichen, von den Sammelfahrzeugen zu befahrenden Straße zur Abfuhr bereitstellen. Dabei ist zu beachten, dass geeignete Stellflächen für Abfallbehälter an den ordnungsgemäß zu befahrenden Straßen eingerichtet werden und dass die Entfernungen zwischen den jeweils betroffenen Grundstücken und den Abfallbehälterstandplätzen ein vertretbares Maß (i.d.R.  $\leq 80$  m) nicht überschreiten.

Stichstraßen müssen im Plangebiet nicht befahren werden.

**Avacon Netz GmbH, mit Schreiben vom 09.09.2019**

Gern beantworten wir Ihre Anfrage. Die dritte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 125 befindet sich innerhalb des Leitungsschutzbereiches unserer 110-kV- Hochspannungsfreileitung Abzweig Papenburg, LH-14-021 (Mast 012-014).

Bitte beachten Sie die im Anhang aufgeführten Hinweise.

Änderungen der vorliegenden Planung bedürfen unserer erneuten Prüfung.

Wir bitten Sie, uns am weiteren Verfahren zu beteiligen.

Die Abstände zu den Hochspannungsfreileitungen sind in den DIN EN 50341 - I (VDE 0210- I) und DIN VDE 02010-2-4 (VDE 0210- 2-4) geregelt. Innerhalb des Leitungsschutzbereiches ist die zulässige Arbeits- und Bauhöhe begrenzt.

Die Lage und Breite des Leitungsschutzbereiches entnehmen Sie bitte dem beigefügten Lage- und Profilplan.

Arbeiten, Planungen und Bebauungen im Leitungsschutzbereich unserer Hochspannungsfreileitung sind grundsätzlich im Detail mit uns abzustimmen.

Der spannungsabhängige Sicherheitsabstand der Hochspannungsfreileitung (Abstand bei Arbeiten in der Nähe unter Spannung stehender Teile) beträgt in diesem Fall 5,0 m.

Der Sicherheitsabstand zu den Leiterseilen muss jederzeit, auch bei Witterungseinflüssen wie Wind, eingehalten werden und darf kei-

Die Avacon Netz GmbH wird im Zuge der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB am weiteren Verfahren beteiligt.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Begrenzung der zulässigen Arbeits- und Bauhöhe wird als Hinweis in die Planunterlagen aufgenommen.

Der Leitungsschutzbereich wird nachrichtlich in die Planunterlagen übernommen.

Es wird ein Hinweis in die Planunterlagen aufgenommen, dass Arbeiten, Planungen und Bebauungen im Leitungsschutzbereich mit dem Versorgungsunternehmen abzustimmen sind.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und in die Planunterlagen aufgenommen.

**Stellungnahmen der Frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:**

**Bewertungsvorschlag:**

nesfalls unterschritten werden, da sonst Lebensgefahr besteht.	
Abgrabungen an den Maststandorten dürfen nicht vorgenommen werden. Sollten innerhalb eines Sicherheitsabstandes von 10,0 m um einen Maststandort Abgrabungsarbeiten erforderlich werden, so sind diese mit uns im Detail abzustimmen.	Maststandorte sind im Plangebiet nicht betroffen.
Die Maststandorte müssen für Unterhaltungsmaßnahmen zu jeder Zeit, auch mit schwerem Gerät wie z.B. Lastkraftwagen oder Kran, zugänglich sein	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die vorliegende Planung beinhaltet keine Maststandorte.
Beim Betrieb von Hochspannungsanlagen entstehen elektrische und magnetische Felder. Die Grenzwerte unserer Hochspannungsanlagen werden nach Bundesimmissionsschutzverordnung (26. BImSchV Ausgabe 08/2013) eingehalten. Sollte Ihr geplantes Vorhaben Einfluss auf die Einhaltung der gesetzlichen Grenzwerte haben, sind die dadurch entstehenden Kosten, z. B. durch betriebliche Anpassung bis hin zur Ertüchtigung unserer Leitung, vom Verursacher zu tragen. Der Einwirkungsbereich zur Einhaltung der Grenzwerte von elektrischen Anlagen mit einer Spannung von 110 kV ist seit dem 04.03.2016 rechtsverbindlich und umfasst einen Radius bis 200,0 m um elektrische Anlagen.	Im Umfeld der vorliegenden Planung sind bereits ein Campingplatz und ein Ferienhausgebiet vorhanden, so dass davon ausgegangen wird, dass die magnetischen Felder die entsprechenden Grenzwerte gemäß 26. BImSch-Richtlinie bereits zum heutigen Zeitpunkt einhalten müssen. Eine wesentliche Änderung durch die Erweiterung des Campingplatzes ergibt sich hinsichtlich der Nutzung jedenfalls nicht.
Nach Abschluss der Baumaßnahme ist der Avacon Netz GmbH vom Antragsteller ein Nachweis zu erbringen, dass die Grenzwerte nach der 26. BImSchV eingehalten werden.	Es wird davon ausgegangen, dass die entsprechenden Werte eingehalten werden, da bereits heute entsprechende Nutzungen im Leitungsschutzbereich stattfinden.
Vorgesehene Reklameeinrichtungen, Fahnenstangen sowie Beleuchtungseinrichtungen innerhalb des Leitungsschutzbereiches müssen mit der Avacon Netz GmbH abgestimmt werden. Hochwüchsige Bäume dürfen innerhalb des Leitungsschutzbereiches nicht angepflanzt werden, da andernfalls die Einhaltung der	Hochwüchsige Bäume sind im Plangebiet innerhalb des Schutzbereiches nicht geplant.



**Stellungnahmen der Frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:**

**Bewertungsvorschlag:**

Sicherheitsabstände in kürzester Zeit nicht mehr gewährleistet ist.  
Empfehlenswert sind standortgerechte Wildgehölze wie Büsche und Sträucher bis zur Kategorie Großsträucher, die mit geringer Wuchshöhe einen ausreichenden dauerhaften Abstand zu den Leiterseilen einhalten.

**EWE NETZ GmbH, mit Schreiben vom 03.09.2019**

Vielen Dank für die Beteiligung unseres Hauses als Träger öffentlicher Belange.

Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe befinden sich Versorgungsleitungen und / oder Anlagen der EWE NETZ GmbH.

Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.

Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Gleiches gilt auch für die Neuherstellung, z. B. Bereitstellung eines Stationsstellplatzes. Die Kosten der Anpassungen bzw. Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.

Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.

Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen

Gemäß der aktuellen Leitungsauskunft befinden sich innerhalb des Plangebietes keine Leitungen der EWE.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Soweit eine Neuherstellung erforderlich wird, wird diese entsprechend den gesetzlichen Vorgaben und den anerkannten Regeln der Technik durchgeführt und die Kosten vom jeweiligen Veranlasser getragen, es sei denn, der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine weiteren Anregungen vorgebracht werden.

Die EWE NETZ GmbH wird in die weiteren Planungen einbezogen.

**Stellungnahmen der Frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:**

**Bewertungsvorschlag:**

<p>und uns frühzeitig zu beteiligen.</p> <p>Unsere Netze werden täglich weiterentwickelt und verändern sich dabei. Dies kann im betreffenden Planbereich über die Laufzeit Ihres Verfahrens / Vorhabens zu Veränderungen im zu berücksichtigenden Leitungs- und Anlagenbestand führen. Wir freuen uns Ihnen eine stets aktuelle Anlagenauskunft über unser modernes Verfahren der Planauskunft zur Verfügung stellen zu können - damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage veralteten Planwerkes kommt. Bitte informieren Sie sich deshalb gern jederzeit über die genaue Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen über unsere Internetseite <a href="https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen">https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen</a>.</p> <p>Zur effizienten Bearbeitung von Anfragen und Stellungnahmen bauen wir unsere elektronischen Schnittstellen kontinuierlich aus. Bitte schicken Sie uns Ihre Anfragen und Mitteilungen zukünftig an unser Postfach <a href="mailto:info@ewe-netz.de">info@ewe-netz.de</a>. Haben Sie weitere Fragen? Sie erreichen Ihren Ansprechpartner Frau Tönnies unter der folgenden Rufnummer: 04471 7011-295.</p>	<p>gen und rechtzeitig beteiligt.</p> <p>Der Hinweis auf die aktuelle Anlagenauskunft wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
--	--

**Kreisverband Wasser- und Bodenverbände Aschendorf-Hümmling, mit Schreiben vom 23.08.2019**

Von dem geplanten o. a. Bebauungsplan werden Belange des Unterhaltungsverbandes 104 "Ems IV" direkt berührt. Seitens des Unterhaltungsverbandes bestehen aber keine grundsätzlichen Bedenken, wenn folgende Auflagen und Bedingungen eingehalten werden:

1. Im Bereich des Räumstreifens entlang des Ableiters dürfen auf 5 m Breite keine Anpflanzungen oder bauliche Anlagen jeglicher Art errichtet werden. Dies gilt auch für Aufschüttungen, Zaunanlagen usw...
2. Der UV 104 "Ems IV" ist frühzeitig am wasserrechtlichen Verfahren zu beteiligen.

Um Übersendung einer Durchschrift der Genehmigung wird gebeten.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass von der Planung Belange des Unterhaltungsverbandes 104 berührt werden, grundsätzliche Bedenken jedoch nicht bestehen.

Im Bebauungsplan wird ein entsprechender Räumstreifen festgesetzt. Innerhalb des Räumstreifens sind Anpflanzungen oder bauliche Anlagen jeglicher Art nicht zulässig.

Der Unterhaltungsverband wird frühzeitig am wasserrechtlichen Verfahren beteiligt.

**Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen, Regionaldirektion Hameln-Hannover, mit Schreiben vom 28.08.2019**

Sie haben das Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN), Regionaldirektion Hameln - Hannover (Dezernat 5 - Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD)) als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Baugesetzbuch (BauGB) beteiligt. Meine Ausführungen hierzu entnehmen Sie bitte der zweiten Seite; diese Stellungnahme ergeht kostenfrei.

Sofern in meinen anliegenden Ausführungen eine weitere Gefahrenerforschung empfohlen wird, mache ich darauf aufmerksam, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahrenerforschung zuständig sind. Eine Maßnahme der Gefahrenerforschung kann eine historische Erkundung sein, bei der alliierte Kriegsflugbilder für die Ermittlung von Kriegseinwirkungen durch Abwurfmunition ausgewertet werden (Luftbildauswertung). Der KBD hat nicht die Aufgabe, alliierte Flugbilder zu Zwecken der Bauleitplanung oder des Bauordnungsrechts kostenfrei auszuwerten. Die Luftbildauswertung ist vielmehr gem. § 6 Niedersächsisches Umweltinformationsgesetz (NUIG) in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) auch für Behörden kostenpflichtig.

**Die Bearbeitungszeit für Luftbildauswertungen beträgt derzeit beim KBD ca. 20 Wochen ab Antragstellung. Da diese Zeitspanne zwischen Erteilung einer Baugenehmigung und dem Baubeginn erfahrungsgemäß nicht verfügbar ist, empfehlen wir den Kommunen eine rechtzeitige Antragstellung.**

Sofern eine solche kostenpflichtige Luftbildauswertung durchgeführt werden soll, bitte ich um entsprechende schriftliche Auftragsertei-

Es wird zur Kenntnis genommen, dass eine Luftbildauswertung für das Plangebiet nicht durchgeführt wurde und für das Gebiet

Stellungnahmen der Frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:

Bewertungsvorschlag:

lung unter Verwendung des Antragsformulars und der Rahmenbedingungen, die Sie über folgenden Link abrufen können:  
<http://www.lgln.niedersachsen.de/startseite/kampfmittelbeseitigung/luftbildauswertung/kampfmittelbeseitigungsdienst-niedersachsen-163427.html>

Für die Planfläche liegen dem Kampfmittelbeseitigungsdienst Niedersachsen die folgenden Erkenntnisse vor (siehe beigefügte Kartenunterlage):

Empfehlung: Luftbildauswertung

**Fläche A**

Luftbilder: Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden nicht vollständig ausgewertet.

Luftbildauswertung: Es wurde keine Luftbildauswertung durchgeführt.

Sondierung: Es wurde keine Sondierung durchgeführt.

Räumung: Die Fläche wurde nicht geräumt.

Belastung: Es besteht der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel.

In der vorstehenden Empfehlung sind die Erkenntnisse aus der Zeit vor der Einführung des Kampfmittelinformationssystems Niedersachsen (KISNi), dem 11.06.2018, nicht eingeflossen, da sie nicht dem Qualitätsstand von KISNi entsprechen. Sie können natürlich trotzdem von den Kommunen in eigener Zuständigkeit berücksichtigt werden.

**Bitte senden Sie uns, nach Übernahme unserer Stellungnahme, zur Arbeitserleichterung keine weiteren Schreiben in dieser Angelegenheit zu.**

der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel besteht. Das Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN) wurde daher von der Stadt beauftragt, eine entsprechende Luftbildauswertung durchzuführen. Das Ergebnis fließt in die weitere Planung ein.

**Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr,  
mit Schreiben vom 02.09.2019**

Vorgesehen ist die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 125 „Camping- und Ferienhausgebiet Prangenweg“ der Stadt Papenburg.

Der Änderungsbereich liegt ca. 350 m nördlich der Landesstraße 51 (Rheiderlandstraße) und ca. 600 m östlich der Kreisstraße 106 (Gutshofstraße).

Vorgesehen ist die Umstrukturierung und Erweiterung des Campingplatzes. Die verkehrliche Erschließung erfolgt über die Stadtstraße „Zum Poggenpohl“, welche im Westen an die K 106 anbindet.

In straßenbau- und verkehrlicher Hinsicht bestehen gegen die Bebauungsplanänderung grundsätzlich keine Bedenken unter Aufnahme des folgenden Hinweises:

- Eine direkte Erschließung über die L 51 darf wie bisher auch nicht erfolgen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine direkte Anbindung an die L 51 ist nicht vorgesehen.

**Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege Abteilung Archäologie, mit Schreiben vom 05.09.2019**

Seitens der **Archäologischen Denkmalpflege** werden zu o. g. Planungen folgende Anregungen vorgetragen:

Aus dem Plangebiet sind nach unserem derzeitigen Kenntnisstand keine archäologischen Funde und Befunde bekannt. Zudem wurde das Gebiet laut digitaler Bodenkarte 1:50 000 in der Vergangenheit bereits tiefgepflügt. Dabei dürften eventuell hier im Boden vorhandene archäologische Funde und Befunde weitgehend zerstört worden sein. Folgender Hinweis sollte, sofern noch nicht geschehen, dennoch in die Genehmigung aufgenommen und auch beachtet werden:

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- und frühgeschichtliche sowie mittelalterliche oder frühneuzeitliche Bodenfunde (das können u. a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes meldepflichtig und müssen der zuständigen unteren Denkmal-schutzbehörde oder dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege- Abteilung Archäologie- Stützpunkt Oldenburg, Ofener Straße 15, Tel. 0441/799-2120 unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer.

Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestattet.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass aus dem Plangebiet nach dem derzeitigen Kenntnisstand keine archäologischen Funde und Befunde bekannt sind.

In den Bebauungsplan wird ein entsprechender Hinweis aufgenommen.



**Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, mit Schreiben vom 23.08.2019**

Durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr berührt, jedoch nicht beeinträchtigt.

Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.

Das Plangebiet liegt im Interessengebiet der Militärischen LV-Radaranlage Brockzetel.

Evtl. Antworten senden Sie bitte unter Verwendung unseres Zeichens K-II-1477-19-BBP ausschließlich an die folgende Adresse: [BAIUDBwToeB@bundeswehr.org](mailto:BAIUDBwToeB@bundeswehr.org)

Es wird zur Kenntnis genommen, dass seitens der Bundeswehr keine Einwände vorgetragen werden.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

**Wasserverband Hümmling, mit Schreiben vom 02.09.2019**

Gegen die o.g. vorgesehene Änderung des Bebauungsplanes bestehen seitens des Wasserverbandes Hümmling in der vorgesehenen Form grundsätzliche Bedenken.

Es wird auf die für die Trinkwasserversorgung der gesamten Stadt Papenburg bedeutsame im Plangebiet verlegte Haupttrinkwasserversorgungsleitung der Dimension DN 400 sowie das parallel zur Wasserleitung verlegte Steuerkabel hingewiesen. Bei der Leitung handelt es sich um eine maßgebliche Transportleitung vom Wasserwerk Surwold nach Papenburg zur Druckerhöhungsstation am Prangenweg. Die Leitung trägt entscheidend zur Trinkwasserversorgung der Stadt Papenburg bei.

Die Lage der Leitung sowie des Steuerkabels im Planbereich kann dem beigefügten Übersichtsplan entnommen werden. Danach ist die Leitung und das Kabel im südlichen Plangebiet in Ost-West-Richtung verlegt und muss dort auch erhalten bleiben.

Es wird ferner darauf hingewiesen, dass die Trasse der vorhandenen Leitung im Plangebiet (seinerzeitiges Flurstück 64/1 (heute im Plangebiet 64/29 und 64/28) und seinerzeitiges Flurstück 59/0 (heute im Plangebiet 59/4)) durch eine beschränkt persönliche Dienstbarkeit zugunsten des Verbandes grundbuchlich gesichert ist. Danach „dürfen in einem Grundstücksstreifen von 8,0 m Breite (4,0 m rechts und links der Leitung, gemessen von der Rohrachse) keine baulichen Anlagen errichtet und keine tiefwurzelnden Bäume gepflanzt werden; auch sonst ist alles zu unterlassen, was die Leitung beeinträchtigt. Der Verband ist berechtigt, in einem Grundstücksstreifen von 8,0 m Breite die Wasserleitung zu betreiben und zu unterhalten sowie das Grundstück zur Durchführung dieser Arbeiten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass grundsätzliche Bedenken bestehen.

Die Leitung wird erhalten und es wird ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht im Bebauungsplan festgesetzt.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Ausbauplanung berücksichtigt.

**Stellungnahmen der Frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:**

**Bewertungsvorschlag:**

zu betreten und zu befahren." Die vorgesehene Nutzung ist hiermit nicht vereinbar.

Es ist daher erforderlich, im Rahmen der Bauleitplanung die Leitung nachrichtlich in den Plan aufzunehmen und die Lage der Leitung bei der weiteren Detailplanung zu berücksichtigen (z.B. Anpassung der inneren Erschließung, Erschließungsstraße parallel zur vorhandenen Leitung, durchgängige Erreichbarkeit der Leitungstrasse von West nach Ost des gesamten Planbereiches für Unterhaltungs- und Reparaturmaßnahmen).

Alternativ kann/sollte ggf. die Verlegung der Leitung und des Steuerkabels dieses Abschnittes wie auch in dem Bereich des vorhandenen Bestandes überlegt/geprüft werden. Es sei darauf hingewiesen, dass dies die Kostenbeteiligung der Stadt Papenburg erfordert.

Um frühzeitige Information des Verbandes über die weiteren Planungsmaßnahmen und ggf. Abstimmung mit ihm hierzu bzw. zur evtl. Leitungsverlegung wird in diesem Fall gebeten.

Die Leitung wird nachrichtlich in den Plan aufgenommen. Hinsichtlich eines Schutzbereiches für die Leitung wird es Absprachen im Rahmen der Ausbauplanung zwischen der Stadt und dem Leitungsträger geben.

Eine Verlegung der Leitung ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht geplant.